

Schriften zum Internationalen Recht

---

Band 211

**Die spanische  
Wirtschaftsverfassung  
aus rechtsvergleichender Sicht**

Von

**Niclot von Stralendorff**



**Duncker & Humblot · Berlin**

NICLOT VON STRALENDORFF

Die spanische Wirtschaftsverfassung  
aus rechtsvergleichender Sicht

Schriften zum Internationalen Recht

Band 211

# Die spanische Wirtschaftsverfassung aus rechtsvergleichender Sicht

Von

Niclot von Stralendorff



Duncker & Humblot · Berlin

Die Fakultät für Öffentliches Recht, Allgemeine Staatslehre,  
Völker- und Europarecht der Bucerius Law School Hamburg  
hat diese Arbeit im Jahre 2014 als Dissertation angenommen.

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in  
der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten  
sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Alle Rechte vorbehalten  
© 2016 Duncker & Humblot GmbH, Berlin  
Satz: Konrad Triltsch GmbH, Ochsenfurt  
Druck: buchbücher.de gmbh, Birkach  
Printed in Germany

ISSN 0720-7646  
ISBN 978-3-428-14469-3 (Print)  
ISBN 978-3-428-54469-1 (E-Book)  
ISBN 978-3-428-84469-2 (Print & E-Book)

Gedruckt auf alterungsbeständigem (säurefreiem) Papier  
entsprechend ISO 9706 ☼

Internet: <http://www.duncker-humblot.de>

*Ich widme diese Doktorarbeit meinem lieben Großvater, Hasso v. Zitzewitz, mit dem ich so gerne auch diese Phase meines Lebens u. a. mit so mancher erfrischenden Diskussion über die vorliegende Arbeit geteilt hätte.*

*Und ich widme diese Arbeit meinem lieben Papa, Lasco v. Stralendorff, dem wundervollsten Vater, den sich ein Kind nur wünschen kann und dem ich mein Leben lang jeden Tag von Neuem den „Lehrstuhl“ mit nach Hause bringen werde.*

*Je schöner und voller die Erinnerung, desto schwerer ist die Trennung.  
Aber die Dankbarkeit verwandelt die Erinnerung in eine stille Freude.  
Man trägt das vergangene Schöne nicht wie einen Stachel,  
sondern wie ein kostbares Geschenk in sich.*

*Dietrich Bonhoeffer*



## Vorwort

Die vorliegende Arbeit wurde als Dissertation an der Bucerius Law School – Hochschule für Rechtswissenschaft – in Hamburg im Mai 2014 angenommen. Die mündliche Prüfung absolvierte ich am 24. Juni 2014.

Meinem Doktorvater, Herrn Prof. Dr. Michael Fehling, sowie meinem Zweitgutachter, Herrn Prof. Dr. Mariano Bacigalupo Saggese, danke ich von ganzem Herzen für die geduldige Betreuung und Begutachtung der Arbeit sowie für die stetige geistige Unterstützung und weiterführenden Ratschläge.

Von besonderer Bedeutung waren für mich ebenfalls die wissenschaftliche Mitarbeit und meine anfänglichen Recherchen am Consejo de Estado in Madrid. Es gibt wohl keine vergleichbare Institution, an der man den Geist der spanischen Verfassungsgebung von 1978 so nahe spüren kann wie in der Calle Mayor in Madrid. In besonderer Erinnerung bleiben mir die lebhaften Berichte und Erläuterungen zu der Verfassungsgebung und den wirtschaftsverfassungsrechtlichen Zusammenhängen durch Excmo. Sr. D. Miguel Herrero y Rodríguez de Miñón. Auch ihm gilt mein aufrichtiger Dank.

Diese Arbeit ist auch ein Produkt umfangreicher Reisetätigkeit. Die Kombination aus der Zeit in Hamburg, im vertrauten Madrid (wo ich bereits 2004/2005 für ein Jahr das spanische Studentenleben genießen durfte), in Heidelberg (am MPI für ausländisches öffentliches Recht), meiner alten Universitätsstadt Göttingen (wo mir insbesondere die Motivation für die zusammenfassenden Erkenntnisse der Dissertation nicht schwer fiel) und in der magisch anziehenden und Kraft spendenden Mecklenburger Heimat bleibt mir auch in Bezug auf das Dissertationsprojekt in unendlich schöner, vielseitiger und dankbarer Erinnerung.

Usedom, Frühjahr 2016

*Nicolot v. Stralendorff*



# Inhaltsverzeichnis

<b>§ 1 Die spanische Wirtschaftsverfassung als Untersuchungsgegenstand</b> . . . . .	17
A. Definition des Begriffes <i>Wirtschaftsverfassung</i> . . . . .	17
B. Bedeutung und Aufgabe des Wirtschaftsverfassungsrechts . . . . .	18
C. Zwecke der Rechtsvergleichung im Wirtschaftsverfassungsrecht . . . . .	19
I. Rechtsvergleichung zur Auslegung des bestehenden Rechts . . . . .	19
II. Rechtsvergleichung im Vorfeld der Verfassungsgebung . . . . .	20
III. Rechtsvergleichung zum Zweck der Rechtsvereinheitlichung . . . . .	21
IV. Rechtsvergleichung als Optimierungsmethode . . . . .	22
V. Praktisches rechtsvergleichendes Anliegen dieser Dissertation . . . . .	22
D. Methodische Besonderheiten der Rechtsvergleichung im Verfassungsrecht . . . . .	23
I. Zulässigkeit der Rechtsvergleichung im Verfassungsrecht . . . . .	23
II. Konkrete rechtsvergleichende Methodik dieser Dissertation . . . . .	24
1. Die spanische und deutsche Verfassung als Teil eines Rechtskreises . . . . .	25
a) Rechtskreisbildung anhand der Stiltheorie von Zweigert . . . . .	25
b) Einfluss der materiebezogenen Relativität sowie neuerer historischer Entwicklungen auf die Rechtskreisbildung . . . . .	26
c) Orientierung der Constitución Española an der deutschen Verfas- sungsgestaltung – Konsequenzen für die Rechtskreisbildung . . . . .	27
2. Mikro- und Makrovergleichung . . . . .	28
3. Empirische Methode . . . . .	29
4. Funktionelle Methode . . . . .	29
5. Die besondere Bedeutung der normativen Kraft des Faktischen . . . . .	30
E. Ausblick auf die Untersuchung der spanischen Wirtschaftsverfassung . . . . .	31
<b>§ 2 Die deutsche Wirtschaftsverfassung im Überblick</b> . . . . .	35
A. Gesamtaussage des Grundgesetzes zur Wirtschaftsordnung . . . . .	35
B. Die Rolle rechtsstaatlicher Grundsätze für die Wirtschaftstätigkeit . . . . .	36
I. Gesetzesvorbehalt und Flexibilität wirtschaftsverwaltungsrechtlicher Maß- nahmen . . . . .	36
II. Gesetzesvorbehalt in der Leistungsverwaltung . . . . .	37

III. Ökonomischer Vertrauensschutz .....	38
IV. Verhältnismäßigkeit wirtschaftsregelnder Maßnahmen .....	39
C. Wirtschaft und Sozialstaat .....	41
I. Rechtliche Auswirkungen einer lakonischen Sozialverfassung .....	42
II. Diskussionsansatz für eine weitergehende Ausgestaltung der deutschen Sozialverfassung .....	42
III. Gesamtwirtschaftliches Gleichgewicht .....	44
D. Gestaltung eigentumsrelevanter Rechtspositionen .....	46
E. Berufsfreiheit .....	48
F. Unternehmensfreiheit .....	50
G. Verfassungsrechtlicher Schutz der kommerziellen Werbung .....	52
H. Vereinigungsfreiheit .....	53
I. Gleichheitsgebot im Wirtschaftsleben .....	55
<b>§ 3 Europäische Wirtschaftsverfassung und nationales Recht .....</b>	<b>56</b>
<b>§ 4 Die aktuelle spanische Wirtschaftsverfassung – ein erster Überblick .....</b>	<b>58</b>
<b>§ 5 Wirtschaftsregulierung im Rechtsstaat .....</b>	<b>60</b>
A. Gesetzmäßigkeit der Wirtschaftsverwaltung .....	61
I. <i>Leyes Orgánicas (Organgesetze)</i> .....	62
1. Anwendungsbereich .....	63
II. Gesetzesgleiche Verordnungen ( <i>Decretos-leyes</i> ) .....	64
III. Gesetzesvertretende Verordnungen ( <i>Decretos-legislativos</i> ) .....	67
IV. Untergesetzliche Verordnungen ( <i>Reglamentos</i> ) .....	69
B. Gesetzesvorbehalt in der Leistungsverwaltung .....	70
C. Ökonomischer Vertrauensschutz .....	72
I. Ökonomischer Vertrauensschutz und Rückwirkung von Gesetzen .....	72
II. Ökonomischer Vertrauensschutz und Aufhebung von Verwaltungsakten ...	73
D. Verhältnismäßigkeitsprinzip .....	76
<b>§ 6 Wirtschaft und Sozialstaat .....</b>	<b>78</b>
A. Rechtliche Effektivität der Leitprinzipien .....	79

B. Rechtliche Effektivität sozialer Grundrechte und -pflichten außerhalb des Kapitels der Leitprinzipien .....	84
I. Recht auf Arbeit .....	84
II. Pflicht zu arbeiten .....	86
III. Recht auf berufliches Fortkommen .....	88
IV. Recht auf ausreichende Vergütung .....	88
C. Einfluss der Leitprinzipien auf den rechtlichen Sozialstandard .....	91
I. Sozialversicherungssystem (Art. 41 CE) .....	91
1. Interpretation des Verfassungstextes .....	92
a) Bedürftigkeit .....	93
b) Universalität .....	94
c) Garantie von Mindestleistungen .....	94
d) Organisation und Finanzierung durch den Staat .....	95
e) Verbot des sozialen Rückschritts? .....	95
f) Pflicht des Gesetzgebers zur Verschaffung subjektiver Rechtspositionen .....	97
II. Verbraucherschutz (Art. 51 CE) .....	97
1. Interpretation des Verfassungstextes .....	98
D. Einfluss faktischer Umstände auf die Interpretation sozialer Grundrechte und Leitprinzipien .....	101
E. Soziale Grundrechte und Leitprinzipien als Rechtfertigung für die Beschränkung klassischer Freiheitsrechte .....	102
F. Soziale Grundrechte und Leitprinzipien als Interpretationsmaßstab .....	103
I. Verhältnis zu anderen Verfassungsprinzipien .....	104
1. Sozialstaat und Rechtsstaat .....	104
2. Sozialstaat und Demokratieprinzip .....	106
G. Die Auswirkung sozialer Grundrechte und Leitprinzipien auf die Rechtssicherheit .....	107
H. Reichweite des politischen Gestaltungsspielraumes im Lichte des wirtschaftlichen Gleichgewichts .....	109
I. Verfassungssystematische Einordnung der Verpflichtung zur Herstellung des wirtschaftlichen Gleichgewichts .....	110
II. Die Komponenten des Art. 40 I CE und ihr Verhältnis zueinander .....	110
III. Gewährleistung der Stabilität des Preisniveaus durch die spanische Verfassung .....	112
IV. Konsequenzen der jeweiligen Komposition wirtschaftspolitischer Ziele .....	113
<b>§ 7 Wirtschaftsrelevante Grundrechte in der spanischen Verfassung .....</b>	<b>115</b>

<b>§ 8 Gestaltung eigentumsrelevanter Rechtspositionen</b> .....	117
A. Grundlegende Einordnung des Eigentums in das spanische Rechtssystem .....	118
I. Definition des Schutzbereichs .....	119
II. Einschränkung durch gesetzesgleiche Regierungsverfügungen .....	119
III. Verfassungsgerichtlicher Rechtsschutz .....	121
B. Gestaltung eigentumsrelevanter Rechtspositionen – Abgrenzung zwischen Inhaltsbestimmung und Enteignung .....	123
I. Erstmalige Regelung eigentumsrelevanter Rechtsverhältnisse – Wasserhaltungsgesetz (Ley de Aguas) .....	125
II. Eigentumsrelevante Maßnahmen im Küsten- und Naturschutz .....	126
III. Eigentumsrelevante Maßnahmen im Miet- und Pachtrecht .....	128
C. Frage nach der Existenz einer <i>Junktim</i> -Klausel in Art. 33 III CE .....	131
D. Überführung der Produktionsmittel in Gemeineigentum .....	133
E. Eigentumsfreiheit im europarechtlichen Kontext .....	134
<b>§ 9 Die Dogmatik der klassischen Berufsfreiheit im spanischen Verfassungssystem</b> .....	137
A. Berufsausübungsregelungen .....	139
B. Berufszulassungsschranken .....	140
C. Kritik und Ausblick .....	141
D. Berufsfreiheit im europarechtlichen Kontext .....	142
<b>§ 10 Unternehmensfreiheit im Rahmen der Marktwirtschaft</b> .....	144
A. Die Dogmatik der Unternehmensfreiheit in Art. 38 CE .....	144
B. Intervention des Staates in die Unternehmensfreiheit .....	146
I. Zulässigkeit öffentlicher Unternehmen .....	146
II. Die Konzeption des servicio público im Vergleich zur Daseinsvorsorge und den Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichen Interesse .....	149
III. Das Interventionsinstrument der Planung .....	155
<b>§ 11 Vereinigungsfreiheit und kollektive Arbeitskonfliktmaßnahmen</b> .....	159
A. Obligatorische Mitgliedschaft in öffentlich-rechtlichen Vereinigungen .....	159
B. Staatliche Befugnisse im Rahmen von Arbeitskonfliktmaßnahmen .....	163
I. Verhältnis von Art. 28 II CE und Art. 37 II CE zueinander .....	163

II. Ausgestaltung des Streikrechts .....	164
1. Träger des Grundrechts .....	165
2. Maßnahmen im Vorfeld des Streiks – Sicherung wesentlicher Dienste ...	166
<b>§ 12 Verfassungsrechtlicher Schutz der kommerziellen Werbung .....</b>	<b>170</b>
<b>§ 13 Das wirtschaftliche Gleichheitsgebot .....</b>	<b>173</b>
A. Der gesetzgeberische Beurteilungsspielraum bei der Wirtschaftsregulierung ...	174
I. Gleichheit im Schutz gegen Enteignungen .....	174
II. Gleichheit und Berufsfreiheit .....	176
1. Ungleichbehandlungen innerhalb einer Berufsgruppe bzw. Tätigkeitsstruktur .....	176
2. Ungleichbehandlung zwischen verschiedenen Berufsgruppen bzw. Tätigkeitsstrukturen .....	179
B. Die Schutzpflicht des Staates zur Verfolgung wirtschaftlich gleicher Bedingungen für Männer und Frauen .....	180
I. Die Verfassungsmäßigkeit von Quotenregelungen .....	183
<b>§ 14 Zusammenfassung und abschließende Bewertung .....</b>	<b>185</b>
A. Zusammenfassung und Bewertung der einzelnen Ergebnisse .....	185
B. Die spanische Wirtschaftsverfassung – eine abschließende Beurteilung .....	197
<b>Anhang – Auszug aus der Constitución Española .....</b>	<b>200</b>
<b>Literaturverzeichnis .....</b>	<b>209</b>
<b>Sachverzeichnis .....</b>	<b>226</b>

## Abkürzungsverzeichnis

ABl.	Amtsblatt
ADCL	Anuario de Derecho Constitucional Latinoamericano
AEMR	Allgemeine Erklärung der Menschenrechte
AEUV	Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union
AGG	Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz
AöR	Archiv des öffentlichen Rechts
APUZ	Aus Politik und Zeitgeschichte
BArbG	Bundesarbeitsgericht
BGH	Bundesgerichtshof
BGHZ	Entscheidungen des Bundesgerichtshofs in Zivilsachen
BT-Drucks.	Deutscher Bundestag Drucksache
BVerfG	Bundesverfassungsgericht
BVerfGE	Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts
BVerwG	Bundesverwaltungsgericht
BVerwGE	Entscheidungen des Bundesverwaltungsgerichts
CDP	Cuadernos de Derecho Público
CE	Constitución Española
CIE	Cuadernos de Información Económica
CJP	Constitución, Jurisdicción y Proceso
DA	Documentación Administrativa
DöV	Die öffentliche Verwaltung
DPC	Derecho Privado y Constitución
DVBl.	Deutsches Verwaltungsblatt
EE	Estudios Empresariales
EGMR	Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte
EGV	EG-Vertrag
EMRK	Europäische Konvention zum Schutze der Menschenrechte
ESIC	Escuela Superior de Gestión Comercial y Marketing
ET	Estatuto de Trabajadores
EU	Europäische Union
EuGH	Europäischer Gerichtshof
EuGHE	Sammlung der Entscheidungen des EuGH
EuGRZ	Europäische Grundrechte Zeitschrift
EUV	Vertrag über die Europäische Union
EZB	Europäische Zentralbank
FAZ	Frankfurter Allgemeine Zeitung
FMSStFG	Finanzmarktstabilisierungsfondsgesetz
FMSStG	Finanzmarktstabilisierungsgesetz
FS	Festschrift
GewArch.	Gewerbearchiv
GG	Grundgesetz

GO SH	Gemeindeordnung Schleswig-Holstein
GR	Grundrechte
HandwO	Handwerksordnung
HGr.	Handbuch der Grundrechte
HPE	Hacienda Pública Española
HZA	Handbuch zum Arbeitsrecht Loseblattsammlung
IAB	Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung
ICADE	Revista Universidad Pontificia Comillas
ICESCR	Internationaler Vertrag über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte
JA	Juristische Arbeitsblätter
JöR	Jahrbuch des öffentlichen Rechts der Gegenwart
JURA	Juristische Ausbildung
JuS	Juristische Schulung
JZ	Juristen Zeitung
LAU	Ley de Arrendamientos Urbanos
LBE	Ley Básica de Empleo
LEBEP	Estatuto Básico del Empleado Público
LGT	Ley General Tributaria
LO	Ley Orgánica
LPC	Ley de Procedimiento Administrativo Común
LSP	Ley del Servicio Postal Universal y de Liberalización de los Servicios Postales
NJW	Neue Juristische Wochenschrift
NUE	Noticias de la Unión Europea
NVwZ	Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht
NWVB.	Nordrhein-Westfälisches Verwaltungsblatt
NZA	Neue Zeitschrift für Arbeitsrecht
NZS	Neue Zeitschrift für Sozialrecht
OECD	Organisation for Economic Co-operation and Development
PBefG	Personenbeförderungsgesetz
RAP	Revista de Administración Pública
RATC	Repertorio Aranzadi del Tribunal Constitucional
RDLRT	Real Decreto Ley de Relaciones de Trabajo
RDM	Revista de Derecho Mercantil
RDP	Revista de Derecho Público
REDA	Revista Española de Derecho Administrativo
REDC	Revista Española de Derecho Constitucional
REDT	Revista Española de Derecho del Trabajo
RENFE	Red Nacional de los Ferrocarriles Españoles
REP	Revista de Estudios Políticos
RGDA	Revista General de Derecho Administrativo
RGDT	Revista General de Derecho de Trabajo y de Seguridad Social
RIEE	Revista del Instituto de Estudios Económicos
RIJ	Revista de Investigaciones Jurídicas
RL	Relaciones Laborales
RMT y AS	Revista del Ministerio de Trabajo y Asuntos Sociales
RPS	Revista de Política Social
Rspr.	Rechtsprechung
RSS	Revista de Seguridad Social

RVAP	Revista Vasca de Administración Pública
SSTC	Sentencias del Tribunal Constitucional
STC	Sentencia del Tribunal Constitucional
STS	Sentencia del Tribunal Supremo
StWG	Gesetz zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft
TC	Tribunal Constitucional
UNED	Universidad Nacional de Educación de Distancia
VBIBW	Verwaltungsblätter für Baden-Württemberg
VereinsG	Vereinsgesetz
VG	Verwaltungsgericht
VorstAG	Gesetz zur Angemessenheit der Vorstandsvergütung
VVDStRL	Veröffentlichungen der Vereinigung der Deutschen Staatsrechtslehrer
VwVfG	Verwaltungsverfahrensgesetz
WRV	Weimarer Reichsverfassung
WSI	Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut
ZaöRV	Zeitschrift für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht
Zeus	Zeitschrift für europarechtliche Studien

## § 1 Die spanische Wirtschaftsverfassung als Untersuchungsgegenstand

Die vorliegende Arbeit befasst sich mit der spanischen Wirtschaftsverfassung aus rechtsvergleichender Sicht. Dabei wird die Kenntnis der deutschen Wirtschaftsverfassung als grundsätzlich gegeben vorausgesetzt, an weniger problematischen Stellen auf die einschlägige Literatur und Rechtsprechung verwiesen und nur so weit näher auf diese eingegangen, als es für einen effizienten Rechtsvergleich notwendig erscheint. Das besondere Augenmerk ist auf die Darstellung und Auslegung der spanischen Wirtschaftsverfassung gerichtet, die somit der elementare Untersuchungsgegenstand ist. Auf dieser Grundlage aufbauend ist es weiteres Ziel der Arbeit, Lösungsansätze für verfassungsrechtliche Probleme und Diskussionen beider Länder zu ermitteln.

### A. Definition des Begriffes *Wirtschaftsverfassung*

Der Begriff *Wirtschaftsverfassung* liegt im Schnittfeld von Ökonomie und Jurisprudenz. Die Terminologie wurde ursprünglich von den Wirtschafts- und Sozialwissenschaften entwickelt und in ihrem weitesten Sinne als „politische Gesamtentscheidung über die Ordnung des nationalen Wirtschaftslebens“ verstanden.<sup>1</sup> Wirtschaftsordnung<sup>2</sup> und Wirtschaftspolitik gehören gerade aber auch zu den *rechtlich* geregelten Grundfragen des Staates. Daher wurde der Begriff *Wirtschaftsverfassung* auch bald von der Rechtswissenschaft übernommen und zu einem juristischen Terminus umgeformt. Eine Wirtschaftsverfassung im juristischen Sinne gibt es nicht seit jeher und überall, sondern nur dort, wo das Wirtschaftsleben durch ein Normsystem verbindlich geregelt ist.<sup>3</sup> Uneinigkeit besteht jedoch über den Rang und Umfang dieser Normen. So umfasst die Wirtschaftsverfassung im engeren Sinne die Bestimmungen der Verfassung und des primären Gemeinschaftsrechts, die die Prinzipien und Regeln festlegen, nach denen sich die wirtschaftlichen Aktivitäten der

---

<sup>1</sup> Vgl. *Hatje*, Wirtschaftsverfassung, S. 685.

<sup>2</sup> Die Begriffe *Wirtschaftsordnung*, *Wirtschaftsverfassung* und *Wirtschaftssystem* werden in den Wirtschaftswissenschaften oft synonym gebraucht. Der Begriff *Wirtschaftsordnung* geht jedoch weiter. Unter diesem Begriff wird hier die Gesamtheit aller grundlegenden Regeln für den Aufbau und Ablauf des wirtschaftlichen Geschehens verstanden; vgl. *Eucken*, Grundsätze der Wirtschaftspolitik, S. 23; *Schliesky*, Öffentliches Wirtschaftsrecht, S. 5, 16 f.

<sup>3</sup> Vgl. *Scorl*, Begriff, System und Grenzen deutscher und europäischer Wirtschaftsverfassung, S. 340.

Bürger und des Staates zu richten haben. Das Wirtschaftsverfassungsrecht im weiteren Sinne umfasst hingegen die Gesamtheit aller Normen, die unabhängig vom rechtlichen Rang den Ablauf des Wirtschaftslebens grundlegend und dauernd bestimmen.<sup>4</sup> Der vorliegende Untersuchungsgegenstand erstreckt sich zuvörderst auf den materiellen Teil<sup>5</sup> der Wirtschaftsverfassung im erstgenannten Sinne, auf das einfachgesetzliche wirtschaftsrelevante Recht hingegen nur insoweit, als es der Anschaulichkeit halber erforderlich ist. Dabei ist nicht entscheidend, dass in der Verfassung ein unmittelbarer Hinweis auf eine wirtschaftliche Betätigung enthalten ist. Selbst eine wirtschaftlich neutrale Verfassung enthält Aussagen zum rechtlichen Rahmen der wirtschaftlichen Tätigkeiten, und ihre institutionelle und normative Dimension ist von entscheidender Bedeutung.<sup>6</sup>

## **B. Bedeutung und Aufgabe des Wirtschaftsverfassungsrechts**

Die Wirtschaft hat eine fundamentale Bedeutung für Existenz, Wohlstand und Fortschritt eines Volkes. Ihre Entfaltung hängt von den ihr zugrunde liegenden rechtlichen Vorgaben ab. Dabei spielt die Verfassung mit ihren Aussagen zu den wirtschaftlichen Rahmenbedingungen, den konkret in ihr enthaltenen Grundrechten, Wertentscheidungen und Legitimationsgrundlagen eine zentrale Rolle: Die Wirtschaftsverfassung stellt einen Bereich der Staatsverfassung dar, der als oberster Normenkomplex die Position und den Wirkungsbereich der einfachgesetzlichen Normen bestimmt. Neben dieser ermächtigenden und lenkenden Funktion<sup>7</sup> sind ihre Bestimmungen von der Verwaltung und den Gerichten als unmittelbar geltendes Recht zu beachten. Dieses Hierarchieprinzip manifestiert sich in Art. 1 III, 20 III GG und Art. 9 I, 53 I CE.<sup>8</sup> In dieser Funktion entfaltet die Verfassung und mit ihr auch deren wirtschaftsrelevanten Bestimmungen vollkommene Rechtsverbindlichkeit.<sup>9</sup>

Das Wirtschaftsverfassungsrecht ist sowohl in der deutschen als auch in der spanischen Lehre fest verankert und stellt hier wie dort einen Teil, konkretermaßen

---

<sup>4</sup> Vgl. zu der Differenzierung: *Ruffert*, A6R 134 (2009), S. 199 m.w.N.; *Stober*, Allgemeines Wirtschaftsverwaltungsrecht, S. 14; *Scorl*, Begriff, System und Grenzen deutscher und europäischer Wirtschaftsverfassung, S. 340; ebenso in der spanischen Literatur: *Balado Ruiz-Gallegos*, Notas sobre el modelo económico constitucional español, S. 35 m.w.N.; *Santos*, Modelo económico y unidad de mercado, S. 367 f.

<sup>5</sup> Die kompetenzrechtliche Seite ist für die aufgeworfenen Fragestellungen weniger ergebnisgebend und wird vom Schwerpunkt der Untersuchung ausgenommen.

<sup>6</sup> Vgl. *Herrero de Miñón*, REDC 57 (1999), S. 12; *Scheuner*, Die staatliche Intervention im Bereich der Wirtschaft, S. 20.

<sup>7</sup> Vgl. *Esteve-Pardo*, Investieren in Spanien, S. 2.

<sup>8</sup> Die in der Dissertation angesprochenen spanischen Verfassungsnormen sind im Anhang in der entsprechenden deutschen Übersetzung abgedruckt.

<sup>9</sup> Vgl. *Lerche*, DVBl. 1976, S. 1961.

die Basis für das Wirtschaftsverwaltungsrecht dar.<sup>10</sup> Dabei hat es die Aufgabe, wirtschaftliche Freiheit und Gleichheit zu sichern, den Staat zur Steuerung der Wirtschaft zu legitimieren und sein Handeln im Interesse der wirtschaftlichen Freiheits- und Gleichheitswahrung zu begrenzen.<sup>11</sup>

## C. Zwecke der Rechtsvergleichung im Wirtschaftsverfassungsrecht

Die Rechtsvergleichung im öffentlichen Recht verfolgt verschiedene Zwecke<sup>12</sup>, die insbesondere der rechtsvergleichenden Praxis im Wirtschaftsverfassungsrecht dienen können. Sie lassen sich in die folgenden wesentlichen Kategorien unterteilen:

### I. Rechtsvergleichung zur Auslegung des bestehenden Rechts

Die Rechtswissenschaft beschäftigt sich mit der Analyse und Fortentwicklung des bestehenden Rechts, das hierfür zunächst einer umfassenden Auslegung bedarf. Für die Auslegung des eigenen Rechts wird als Hilfsmittel aber gerade auch das ausländische Recht rechtsvergleichend herangezogen. Denn je weiter und umfassender der Erfahrungsschatz ist, aus dem man schöpfen kann, desto mehr Ansätze bieten sich für die Lösung der eigenen Rechtsprobleme. In diesem Sinne ist es Aufgabe der Rechtsvergleichung, die jeweiligen Regelungen, Bedürfnisse und Rechtsprobleme zu ermitteln und der Verschiedenheit sowie der Gemeinsamkeit von Rechtskreisen, Rechtssystemen, Rechtskulturen und Rechtstraditionen Rechnung zu tragen.<sup>13</sup>

Bei der Verfassungsauslegung können inhaltlich verwandte Rechtsordnungen Orientierung bieten, wenn die klassischen Auslegungsmaximen zunächst zu keinen eindeutigen Lösungen führen. Um der besonderen Bedeutung der Rechtsvergleichung Ausdruck zu verleihen, bezeichnet Peter Häberle diese als fünfte Auslegungsmethode.<sup>14</sup> Sie ist jedoch vielmehr als ein Element der teleologischen Auslegung zu werten. Die Rechtsvergleichung befreit den Richter nicht von der Bindung an das Gesetz. Greift er bei unklarer Rechtslage auf eine ausländische gesetzliche

---

<sup>10</sup> Vgl. *Stober*, Allgemeines Wirtschaftsverwaltungsrecht, S. 14; *Maqueo Ramírez*, RIJ 28 (2004), S. 653 ff.; vgl. auch *Martin-Retortillo*, *Indice al Derecho Administrativo Económico*, Bd. I.

<sup>11</sup> Vgl. *Stober*, Allgemeines Wirtschaftsverwaltungsrecht, S. 14.

<sup>12</sup> Vgl. zum Ganzen: *Wieser*, Vergleichendes Verfassungsrecht, S. 29 ff.; *Sommermann*, DöV 1999, S. 1019 ff.; *Starck*, JZ 1997, S. 1023 ff.

<sup>13</sup> Vgl. *Zweigert/Kötz*, Einführung in die Rechtsvergleichung, S. 62 ff.; *Stober*, Allgemeines Wirtschaftsverwaltungsrecht, S. 24.

<sup>14</sup> Vgl. *Häberle*, JZ 1989, S. 916; *ders.*, Rechtsvergleichung im Kraftfeld des Verfassungsstaates, S. 27, 36 ff.